

märz 2007

Muslime,
Frankreich, Europa:
gegen gewisse Trugbilder
in Sachen Integration

Christophe Bertossi

Die Publikationsreihe "Migration, Integration und Chancengleichheit" wird gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und dem Institut français des relations internationales (ifri) herausgegeben. Alle Artikel sind in deutscher und französischer Sprache auf www.fesparis.org und www.ifri.org zugänglich.

In diesen Analysen beleuchten und kommentieren international renommierte Fachleute aus verschiedenen Blickwinkeln die aktuellen Debatten über Zuwanderung und Integration, aber auch Fragen des Islams. Die Analysen sollen dazu beitragen, die sozialen, politischen und kulturellen Zusammenhänge im heutigen Europa zu erörtern, das inzwischen zum weltweit wichtigsten Zielpunkt für Migranten geworden ist.

Nationale Diskurse, Traditionen und Erfahrungen sollen ebenso Eingang in die Analysen finden wie Überlegungen, wie eine europäische Staatsbürgerschaft aussehen könnte, die zur Überwindung der anstehenden Probleme beitragen würde.

Der Inhalt dieses Beitrags gibt nicht unbedingt die Meinung der herausgebenden Organisationen wieder.

Verantwortlich:
Türkan Karakurt (FES Paris) und Christophe Bertossi (Ifri).

ISBN: 978-2-86592-188-1

© Alle Rechte vorbehalten, FES/Ifri, 2007

Für weitere Informationen oder bei Fragen zu Nachdruck- und Vervielfältigungsrechten wenden Sie sich bitte an:
publications@ifri.org ou fes@fesparis.org.

Kontakte:

Ifri
27 rue de la Procession
75740 Paris Cedex 15 - France
Tél.: 33 (0)1 40 60 60 00
www.ifri.org

Friedrich-Ebert-Stiftung
41 bis, bd La Tour-Maubourg
75007 Paris - France
Tél.: 33 (0)1 45 55 09 96
www.fesparis.org

Christophe Bertossi

Wissenschaftlicher Leiter des
Forschungsprogramms
"Migrationen, Identitäten,
Staatsbürgerschaft" am Institut français
des relations internationales (Ifri)
in Paris.

Wenngleich die Unruhen in den französischen Vororten im Herbst 2005 aufgezeigt haben, dass das französische Integrationsmodell gescheitert ist, blieben politische Antworten auf diese Krise bis heute aus. Das erste Dokument aus der Reihe FES-Ifri "Migration und Chancengleichheit in Europa" unterwirft die französische Analyse der Unruhen einer kritischen Betrachtung. Es analysiert die Kluft zwischen dem öffentlichen Diskurs über die Integrations-schwierigkeiten der Moslems einerseits und der unzureichenden Anerkennung der Ungleichbehandlung dieser neuen Staatsbürger andererseits, was ihre Rechte, die Chancengleichheit und die Institutionen der französischen Gesellschaft anbelangt. Um die Integrationskrise in Frankreich besser zu verstehen, bedarf es einer Analyse der Grenzen des Staatsbürgerschaftsrechts und der Identitätskrise, die der europäische Integrationsprozess seit 2000 hervorruft.

Am 27. Oktober 2005 wurden in einem Transformatorhäuschen des französischen Elektrizitätsunternehmens EDF in Clichy-sous-Bois, einem nördlichen Vorort von Paris, zwei Jugendliche im Alter von 15 und 17 Jahren - der eine nordafrikanischer, der andere schwarzafrikanischer Herkunft - durch einen Stromschlag getötet. Sie hatten nach einer Verfolgungsjagd mit Polizisten in dem Häuschen Zuflucht gesucht. Zwei Tage später griff die Polizei vor einer Moschee der selben Vorstadt zu Tränengas. Das waren die Auslöser der sozialen Unruhen, die drei Wochen dauern und zahlreiche französische Städte erfassen sollten. Am 7. November verhängte die Regierung eine Ausgangssperre. Sie berief sich dabei auf ein Gesetz aus dem Jahre 1955, das damals in Reaktion auf den in den Unabhängigkeitskrieg mündenden Volksaufstand in Algerien verabschiedet worden war¹.

Es waren dies zwar nicht die ersten sozialen Ausschreitungen in Frankreich, aber das erste Mal, dass Straßenkrawalle eine nationale Dimension erhielten². Insgesamt verhaftete die Polizei in einem Monat fast dreitausend Menschen, davon mehr als ein Drittel Minderjährige. Die Bilder der neuntausend verkohlten Autowracks gingen um die Welt.

Diese Bilder sind zum Sinnbild der Grenzen des französischen Integrations- und Staatsmodells geworden. War es der französischen Republik und ihrem Wertekanon nicht gelungen, die Jugendlichen aus Einwandererfamilien zu integrieren? Waren die Ausschreitungen des Jahres 2005 Beweis für dieses Versagen?

Dennoch, auch wenn diese Fragen nach den Unruhen die öffentliche Debatte beherrschten, haben sie bisher keinerlei politische Antworten bewirkt. Tatsächlich hielt es die Regierung nicht für notwendig, sich mit dem

1. Am 8. November 2005, ruft der französische Präsident den Notstand aus, unter Berufung auf ein Gesetz vom 3. April 1955. Ein Dekret vom 9. November listet 25 Départements auf, in denen die Präfekten eine Ausgangssperre verhängen dürfen. Am 16. November wird ein Gesetz verabschiedet, das eine Verlängerung des Notstands um bis zu drei Monate ermöglicht.

2. Erste Krawalle gab es bereits 1979 in Vaulx-en-Velin, ein Vorort von Lyon, 1981 und 1983 in Vénissieux (im Minguettes-Viertel), 1990 in Vaulx-en-Velin und 1991 in Sartrouville und Mantes-la-Jolie.

Bruch, den die Ausschreitungen für die Integrationspolitik bedeuteten, auseinanderzusetzen. Stattdessen konzentrierte sich die Analyse auf die als "antiintegrativ", "anti-republikanisch" und "antibürgerlich" angeprangerten Verhaltensweisen der aus der Immigration hervorgegangenen Bevölkerungsgruppen.

Aus dieser Analyse wurde dann mehr oder weniger explizit der Schluss gezogen, dass die französischen Staatsbürger ausländischer Herkunft in der gegebenen Lage nicht restlos in die Republik zu integrieren seien³. Den Betroffenen wurde damit mit Hinweis auf ihre Herkunft die Staatsbürgerschaft gewissermaßen abgesprochen. Zur Stärkung der Argumentation unterstrich man die "muslimische" Identität der Betroffenen. Was den angeblichen Konflikt zwischen dem Staat und seinen Muslimen anging, konnte man sich eines breiten öffentlichen Konsens sicher sein. Weil sie Muslime seien, seien die neuen Mitbürger nicht Staatsbürger wie alle anderen.

Diese offizielle von Meinungsmachern und Politikern stark verbreitete Analyse, wonach der Islam ein Integrationshemmnis sei, bietet die soziale Wirklichkeit ein ganz anderes Bild. Das wahre Problem, welches die Unruhen des Jahres 2005 radikal vor Augen geführt haben, liegt nicht in einer mit den französischen Werten vermeintlich unvereinbaren Identität, sondern in den fehlenden sozioökonomischen Aufstiegschancen, in der begrenzten Anpassungsfähigkeit des französischen Integrationsmodells an die religiöse und kulturelle Vielfalt und in der Krise des Wohlfahrtsstaates.

Die soziale Krise, in der bei strukturell hoher Arbeitslosigkeit die insbesondere auf dem

Arbeitsmarkt wirksamen Integrationsdynamiken ausgeschaltet werden, erweist sich für die aus der Immigration hervorgegangene Bevölkerung als besonders verheerend: ethnische und religiöse Diskriminierung, städtepolitische und soziale Ausgrenzung (die berüchtigten Vorstädte, die "Banlieue") oder gar Segregation - ein Phänomen, das auch staatliche Einrichtungen wie z. B. die Schulen nicht verschont.

Mit anderen Worten: Man wollte nur die "Identität" sehen, wo es doch in Wahrheit um eine tiefgreifende Krise der gesellschaftlichen Solidarität geht, die durch die immer stärker werdende Stigmatisierung der kulturellen und religiösen Vielfalt der französischen Gesellschaft - und der meisten anderen europäischen Staaten - noch verschärft wird. Gewisse französische Besonderheiten, die auf das postkoloniale Erbe zurückgehen, machen die Lage noch komplexer.

Wer nur die Identität dieser jugendlichen Anwärter auf sozialen Aufstieg vor Augen hat, der sieht nur einen Teil des Problems - einen Teil zudem, der, isoliert vom größeren gesellschaftlichen Kontext betrachtet, vollkommen bedeutungslos ist. Wer so denkt, wird für die Krisensituation, deren Brisanz spätestens seit Herbst 2005 offen zutage liegt, keine Lösungen finden. Die öffentliche Debatte hat der Komplexität der Lage nicht Rechnung getragen und das Ausmaß der sozialen Problematik unter den Teppich gekehrt.

Wie erklärt sich die Kluft zwischen der öffentlichen Analyse der Grenzen des französischen Integrationsmodells einerseits, die sich ausschließlich auf die Identität der zu integrierenden Bevölkerungsgruppen stützt, und der viel komplexeren gesellschaftlichen Realität, die den Ereignissen von 2005 zugrunde liegt? Warum schlägt sich die Krise in der Gesellschaft - die bis zu einem gewissen Grad auch eine Krise der politischen Institutionen ist - nicht auf die Politik nieder?

Hinter diesen zwei Fragen verbirgt sich eine dritte, die mir heute als die wichtigste politische Frage überhaupt erscheint: Warum werden gewisse rechtmäßige Staatsbürger nicht als normale Mitbürger anerkannt, als vollwertige Staatsbürger mit allen Rechten? Die Zukunft des staatsbürgerlichen Zusammenlebens, in Frankreich wie in Europa,

3. So ist von dem "absolut nihilistischen" Hass auf die staatlich-republikanischen Institutionen (Nicolas Baverez), von der "Auflehnung von Jugendlichen", die "größtenteils schwarz bzw. arabisch mit muslimischer Identität" seien (Alain Finkelkraut), von Jugendlichen "mit einem nicht beherrschten Migrationshintergrund, der es ihnen erlaubt, sich weit abseits von unserem Glauben, unseren Verhaltensregeln und unseren Gesetzen zu bewegen" (Claude Imbert, Direktor von *Le Point*), und von jenen Familien, die in Wohnungen untergebracht sind, "in denen drei bis vier Frauen und fünf und zwanzig Kinder leben" (Hélène Carrière d'Encausse, Académie française) gesprochen worden. Man könnte solche Presse- und Politikerzitate zu Haufe anführen. Vergleiche auch Didier Fassin, Eric Fassin (Hg.), *De la question sociale à la question raciale*, La Découverte, Paris, 2006.

hängt davon ab, wie diese Frage künftig gehandhabt wird. Warum, das soll im folgenden erläutert werden.

Zur Problemstellung: Das Trugbild der Identität

In den Achtziger Jahren ging es in der Integrationsdebatte in Frankreich in erster Linie um die Frage, wie man aus Ausländern Staatsbürger machen kann. Seit Ende der Neunziger Jahre dagegen betrifft die Integration nicht mehr Ausländer, sondern Mitbürger, die bereits die französische Staatsangehörigkeit besitzen. Dieser Wandel ist keineswegs unerheblich. Er ist nicht nur in Frankreich, sondern in den meisten traditionellen europäischen Einwanderungsländern eingetreten und hat die Grenzen zwischen Staatsbürgern und Ausländern immer mehr verwischt. Der Preis, der dafür bezahlt wird, kommt in den Integrationsdebatten selten zur Sprache.

Geopolitik der Identitäten: Europa, das Ende des kalten Krieges und die Muslime

Wer von Integration spricht, spricht in Wirklichkeit von Identität. In den letzten fünfzehn Jahren hat sich diese Identität in zweierlei Hinsicht verändert: Erstens waren die Integrationsanwärter in den Achtziger Jahren Migranten, die sich gerade erst im Aufnahmeland niedergelassen hatten, während heute die Integrationspolitik auf ihre Nachkommen abzielt, die bereits eine europäische Staatsbürgerschaft besitzen. Und zweitens bezeichnete man die betroffenen Bevölkerungsgruppen früher nach ihren Herkunftsländern (Nordafrikaner in Frankreich, Türken in Deutschland) oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit (Blacks oder Asians in Großbritannien) - heute charakterisiert man sie ausnahmslos nach ihrer vorgeblichen Religionszugehörigkeit: die "Muslime".

Dies wiederum hat eine Art Spiegeleffekt gezeitigt: Je mehr die neuen Staatsbürger als "Muslime" identifiziert werden, desto stärker berufen sich die Europäer ihrerseits auf eine neue Identität, nämlich die sogenannte "jüdisch-christliche" - ein Begriff, der

besonders im Gefolge der europäischen Verfassungsdebatte im Jahre 2002 auf einen breiten Konsens stieß. Gegenüber dem bis in die Neunziger Jahre geläufigen Modell bedeutet die heutige Situation in der Identitätsstruktur Europas einen Bruch.

Der identitäre Wandel im europäischen Einigungsprozess

Bis zum Ende der Neunziger Jahre zielte das europäische Projekt darauf ab, durch die Trennung von Identität und Staatsbürgerschaft eine neue Form "europäischer Bürgergemeinschaft" zu schaffen. Die problematische Identität war damals die nationale. Die Europabürgerschaft, wie sie schließlich - wenn auch mit Einschränkungen - durch den Maastrichter Vertrag geschaffen wurde, sollte eine Alternative zum Nationalismus darstellen, eine Loslösung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten vom homogenen Konzept der nationalen Identität.

In Deutschland plädierte Habermas im Gefolge Sternbergers für "postnationale" Staatsbürgerschaft und "Verfassungspatriotismus". Andere setzten sich mit den Begriffen der "kosmopolitischen" oder "multikulturellen" Identität auseinander. Diese Haltung wurde gestärkt zum einen durch Deklarationen und zum anderen durch die Einrichtung neuer europäischer Institutionen, welche die Werte der Vielfalt zu einem der Grundpfeiler der neuen europäischen Demokratie erhoben: von der gemeinsamen Erklärung von Kommission, Rat und Europaparlament im Jahre 1986 bis zur Schaffung des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) in Wien im Jahre 1997 und seiner Eröffnung im Jahre 2000.

Der Verfassungsvertrag hätte genau diese politische und europabürgerliche Dimension des europäischen Vereinigungsprozesses bekräftigen sollen, wie es ja schon der Begriff "Verfassung" verspricht. Doch die Verfassungsdebatte warf am Ende ganz andere Fragen auf: Hat Europa eine eigene Identitätskultur? Welchen Inhalt soll man einer europäischen Identität geben? Wurzelt die europäische Kultur nicht im christlich-jüdischen Erbe? Und sollte man diese Wurzeln in der Präambel zum Gründungstext eines "politischen" Europa nicht entsprechend erwähnen?

Die Art und Weise, wie die Beziehungen zwischen Religion und Politik institutionalisiert werden, ist von Staat zu Staat zu verschieden, als dass zwischen den 25 EU-Mitgliedern ein Konsens erzielt werden könnte. Wie wir wissen, einigten sich die Mitglieder des Konvents am Ende auf einen Kompromiss in der Form eines Verweises auf "das kulturelle, religiöse und humanistische Erbe" Europas. Die Debatte über den EU-Beitritt der Türkei hat die Frage nach der religiösen Identität Europas erneut aufgeworfen. Entsprechend wird die Türkei heute nicht mehr - wie in Zeiten des Kalten Krieges - als strategischer Verbündeter wahrgenommen, sondern nur noch als "muslimisches" Land⁴.

Im Herzen des europäischen Einigungsprojekts hat ein Bruch stattgefunden. Die Frage lautet nicht mehr "Was wollen wir zusammen machen?", sondern "Wer sind wir zusammen?". Durch den Wandel von einem Binnenmarkt zu einem politischen europabürgerlichen Projekt ist der europäische Einigungsprozess immer mehr zu einer Frage der Identität geworden. Und es ist genau diese Frage der Identität, die dem europäischen Verfassungsvertrag in den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden zum Verhängnis wurde.

Die tiefgreifenden Umbrüche, die Europa seit dem Ende des Kalten Krieges erlebt hat, sind für diesen Bruch sicherlich mitverantwortlich. Vor dem Mauerfall war die EU nicht "jüdisch-christlich" - sie war "der Westen", solange Osteuropa nicht zu ihr stieß. Seither hat ein neuer Zeitabschnitt begonnen: Ende des Ost-West-Konflikts, Variationen zum Thema "Einigung des europäischen Kontinents", Erweiterung der EU auf 25 Mitgliedstaaten im Jahre 2004 und auf 27 am 1. Januar 2007.

Der Islam nach dem Kalten Krieg

Mit anderen Worten: Die europäische Erweiterung und die darauf folgende institutionelle Krise spiegeln auf regionaler Ebene Veränderungen wider, die auf globaler Ebene alle internationalen Beziehungen erfasst haben. Das von Fukuyama angekündigte "Ende der

Geschichte" hat inzwischen zugunsten des von Huntington vertretenen "Krieges der Zivilisationen" den Platz räumen müssen.

In diesem neuen Kontext spielt der Islam eine herausragende Rolle. Die wichtigsten Konflikte der letzten fünfzehn Jahre (Tschetschenien, Afghanistan, Irak, Zweite Intifada, usw.) standen alle in mehr oder weniger direktem Zusammenhang mit der "muslimischen Welt", und die USA haben ihre Außenpolitik in der Zeit nach dem 11. September in diesem Sinne neu definiert⁵.

Der europäische Kontinent ist inzwischen selbst Zielscheibe des mit dem radikalen Islam in Verbindung stehenden transnationalen Terrorismus geworden, in Madrid am 11. März 2004 und in London am 7. Juli 2005. Bei den Attentaten von ondon erwiesen sich einige der Attentäter als britische Staatsbürger, in England geboren und zur Schule gegangen, integriert in den britischen Arbeitsmarkt. Dieser Treubruch hat die britische Gesellschaft - ja ganz Europa - in eine schwere Identitätskrise gestürzt und denjenigen Politikern Aufwind gegeben, die in der Einwanderungspolitik auf das Primat der Sicherheit pochen. Rückblickend wurden die Attentate mit den städtischen Ausschreitungen im Nordosten Englands im Frühjahr und Sommer 2001 in Zusammenhang gebracht, die erstmals zu einer Infragestellung des britischen Multikulturalismus geführt hatten⁶.

Den Schritt in die Radikalität vollziehen aber - wie die europäischen Geheimdienste und Sicherheitskräfte wissen - nur eine winzige Minderheit dieser Bevölkerungsgruppen und einige Konvertiten. Doch in den Köpfen wurde die Grenze zwischen "Muslimen" und "Islamisten" nach und nach verwischt. Zumindest wird sie heute kaum noch als qualitativer Unterschied, sondern nur noch als graduelle Abstufung wahrgenommen.

Muslime: von der Identität zur Loyalität?

So gilt der Islam, der durch die Eingliederung der Einwanderungswellen der 60-er und 70-er

4. Samim Akgönül, "La Turquie dans l'Union européenne ?", *Policy Paper*, n° 18, Paris, Ifri, September 2005.

5. Rémy Leveau, Khadija Mohsen-Finan (Hg.), *Musulmans de France et d'Europe*, Paris, Editions du CNRS, 2005.

6. Home Office, *Community Cohesion. A Report by the Independent Review Team Chaired by Ted Cattle*, London, Home Office, 2001.

Jahre zur zweitstärksten Religion Europas geworden ist, heute immer mehr als eine Art rivalisierender Fahneide.

Dieses Misstrauen gegenüber Europäern muslimischen Glaubens hat sich mit dem zunehmenden Verwischen der Grenzen zwischen Innen (Staatszugehörigkeit, Diskriminierungen, Stigmatisierungen) und Außen (internationale Konflikte, radikaler Islamismus, internationaler Terrorismus) verschärft. Die Ereignisse rund um die am 30. September von der dänischen Zeitung *Jyllands-Posten* veröffentlichten Karikaturen können hier als Beispiel genannt werden. Dergleichen haben einige Medien in Nordafrika und im Mittleren Osten während der Ausschreitungen in Frankreich im Jahre 2005 sehr kritisch über die Lage der Franzosen aus Einwandererfamilien berichtet.

Auf europäischer Ebene hat dies sehr weit gehende Konsequenzen. Seit zwischen Islam, Muslimen, Islamismus und Terrorismus kein Unterschied mehr gemacht wird, hat die globale Angst vor dem Islam die muslimische Religion in eine globale Identität verwandelt, wobei europäische Meinungsmacher terroristische Gewalt gegen die Werte der liberalen Demokratie und den hidjab als moralische Gewalt gegen die Prinzipien der westlichen Staatsangehörigkeit auf eine Ebene stellen.

So werden die Muslime in den europäischen Staaten zunehmend als Bürger betrachtet, die nicht nur durch die gemeinsame Religion, sondern auch durch politische und ideologische Affinitäten miteinander verbunden sind. Wer von den Muslimen spricht, referiert in der Regel davon, wie schwer es ihnen fällt, ihr offenkundiges "Anderssein" mit den Verfassungsgrundsätzen und Leitkulturen der Aufnahmeländer in Einklang zu bringen - was sie, so heißt es, daran hindert, sich zu integrieren. Oft wird von unbeständiger Loyalität gesprochen. In beiden Fällen werden Muslime durch den Verweis auf das religiöse Element ihrer Identität zur Zielgruppe von Integrations- und Staatsbürgerschaftspolitik erklärt und somit a priori, ohne ernsthafte Analyse, ausgeschlossen, was einer Absage an das Ideal einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft gleichkommt.

Auch führt diese Haltung zu einem seltsamen Paradox. Denn wie kann man den so-

genannten "Muslimen" auf der einen Seite vorwerfen, sich den Werten der säkularen Aufklärung zu verschließen, und sie gleichzeitig bezichtigen, ihre Religion stünde in einem historischen Konflikt mit dem christlichen Westen? Dieser Widerspruch entgeht den Medien oft genau so wie den zuständigen Politikern.

Dabei werden die Vorurteile gegenüber dem Islam und den Muslimen durch Forschungsarbeiten immerfort widerlegt: Der Islam wird zwar immer sichtbarer, findet seinen Ausdruck aber in erster Linie in der Privatsphäre. Die Religiosität der Bevölkerungsgruppen aus "muslimischen" Staaten liegt kaum über derer anderer Religionsgruppen⁷, und die Verbundenheit mit der muslimischen Religion ist oft mehr affektive, kulturelle Verbundenheit als religiöses Bekenntnis⁸. Die Loyalität zur sozialen Klasse ist nicht durch eine "muslimische" Loyalität verdrängt worden - das Wahlverhalten der betroffenen Bevölkerungsgruppen spiegelt die traditionellen ideologischen Spaltungen zwischen der Sozialdemokratie einerseits und den konservativ-liberalen Parteien andererseits wider. Die wenigen Versuche, aus der Identität politisches Kapital zu schlagen, sind gescheitert, so z. B. die Liste Euro-Palästine bei den Europawahlen 2004 in Frankreich⁹.

Also: Muslime oder Staatsbürger?

Die Geopolitik der Identitäten, das Verknüpfen von Innen und Außen, hat so zu einer Islamisierung der Integrations- und Staatsbürgerschaftsdebatte in den Kreisen der europäischen Regierungen, führenden Parteien und Medien geführt.

Auch in dieser Hinsicht sind die französischen Ereignisse vom Herbst 2005 aufschlussreich. Während der ganzen Dauer der

7. Laut einer Umfrage des CEVIPOF bezeichnen sich 20% der befragten Personen nordafrikanischer, schwarzafrikanischer und türkischer Herkunft als religionslos (verglichen mit 28% beim Rest der französischen Bevölkerung): Sylvain Brouard, Vincent Tiberj, *Français comme les autres ? Enquête sur les citoyens d'origine maghrébine, africaine et turque*, Paris, Presses de Sciences Po, 2005.

8. Nancy Venel, *Musulmans et citoyens*, Paris, PUF, 2004.

9. Christophe Bertossi, "Le vote immigré", in Yves Déloye (Hg.), *Dictionnaire des élections européennes*, Paris, Economica, 2005.

Ausschreitungen bezeichneten Medien wie Politiker die Aufständischen und Vandalen stets als "Muslime¹⁰".

*Kein "communautarisme"
dafür Diskriminierung*

Dies ist umso erstaunlicher, als es bei den französischen Jugendlichen aus Einwandererfamilien, die sich an den Ausschreitungen beteiligt haben, einen kollektiven Identitätsbezug - also das, was man in Frankreich "communautarisme" nennt - zum Islam gar nicht gibt.

In der Tat identifizieren sich diese Jugendlichen nicht so sehr mit der Religion der Eltern als vielmehr mit den segregierten Vierteln, in denen sie leben, mit ihrer Siedlung, und negativ mit der Diskriminierung, deren Opfer sie sind.

Das französische Wort "Banlieue" ist zum Sinnbild dieser gesellschaftlichen Lage geworden. Wer in der "Banlieue" lebt, hat mit verschiedenen Formen der Diskriminierung zu kämpfen, die sich auf die nationale, ethnische, kulturelle und religiöse, aber auch auf die soziale Herkunft stützen - eine Adresse, die einem potentiellen Arbeitgeber nicht zusagt, oder eine Schule, deren schlechter Ruf das Schmieden von Zukunftsplänen schwierig macht. Durch die Verbindung von materieller Ungleichheit und kultureller Segregation macht es der soziale Lebensraum "Banlieue" seinen Bewohnern schwer, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Die Arbeitslosenraten dieser jungen Bevölkerung liegen entsprechend drei- bis viermal über dem landesweiten Durchschnitt, der schon sehr hoch ist¹¹.

10. "Ich sage es ganz unverblümt,: zwischen der Rückkehr der staatlichen Autorität und den Ausschreitungen in einigen Vierteln, in denen eine kleine Minderheit sich als die Herren betrachtet haben, besteht ein Zusammenhang (...). Es steht sehr viel auf dem Spiel, denn wenn in den Vierteln nicht die Ordnung der Republik herrscht, dann wird es bald schon die Ordnung der Banden sein, oder der Extremisten, was wir um keinen Preis wollen", so der Innenminister während der Debatte in der Assemblée Nationale, 25. November 2005.

11. Danièle Joly erinnert an die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den betroffenen Gebieten z. B., 54,4% in den Stadtteilen Reynerie und Bellefontaine in Toulouse, 37,1% in Clichy-sous-Bois und Montfermeil, 42,1% im Stadtteil Bellevue in Nantes : Danièle Joly, *Comprendre les émeutes : immigrés et minorités ethniques en France et en Grande-Bretagne*, Paris, Denoël, 2007.

Untersuchungen des französischen Observatoriums für Diskriminierungen haben ergeben, dass ein Arbeitsuchender nordafrikanischer Herkunft in Frankreich bei identischer Bewerbung fünf mal weniger positive Antworten erhält als ein Kandidat mit französisch klingendem Namen.

Die Institutionen der Republik sind immer schwerer zugänglich

Hinzu kommt ein immer tiefer werdender Bruch zwischen besagten Bevölkerungsgruppen und den Institutionen der Republik, welche sich ihnen zunehmend zu verschließen scheinen. Dies bestätigte vor kurzem eine Studie, in welcher wir die Integration der aus Einwandererfamilien stammenden Franzosen in die französische Armee untersucht haben¹².

Hier einige Ergebnisse der Studie: wer sich als Nachkomme von Einwanderern beim Militär meldet, versucht damit in erster Linie, den Diskriminierungen des zivilen Arbeitsmarktes zu entkommen, seinen Lebenslauf aufzuwerten oder in der Armee eine "zweite Chance" zu bekommen, eine Ausbildung, die bei der Rückkehr auf den zivilen Arbeitsmarkt von Nutzen sein wird. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: In der Armee erhalten die Betroffenen keineswegs die Weihe, die ihrer Stigmatisierung in der französischen Gesellschaft ein Ende setzen würde, sondern stoßen erneut auf Vorurteile und Diskriminierungen (erschwerter Zugang zu Ausbildungen, Vernachlässigung ihrer linguistischen und kulturellen Kompetenzen) und werden zu Opfern von Erniedrigung und Beschimpfungen von Seiten ihrer Kameraden und direkten Vorgesetzten (insbesondere bei den Unteroffizieren).

Obwohl der Umgang mit Laizität (Neutralität der Institutionen und Gleichberechtigung der Religionen) und Religion in der Armee klar geregelt ist - so z. B. im Hinblick auf die hallal Ernährung -, werden diese Grundsätze im Militäralltag nicht systematisch eingehalten. Und wenn französische Soldaten muslimischen Glaubens sich im Mittleren Osten oder in Nordafrika im Einsatz befinden, wird

12. Christophe Bertossi, Catherine Wihtol de Wenden, *Les couleurs du drapeau : les militaires français issus de l'immigration*, Paris, Robert Laffont, 2007.

ihre Loyalität von ihren Kameraden und direkten Vorgesetzten oftmals angezweifelt.

Der Kontrast zwischen diesem Misstrauen einerseits und dem Diskurs der Betroffenen andererseits, der ihrem Eintritt in die Armee eine betont patriotische Bedeutung gibt und von ihrer Treue zu den Prinzipien der Laizität und der Republik zeugt, ist frappierend. Ihre doppelte Staatsbürgerschaft bedeutet für sie nicht eine doppelte Loyalität. Loyal sind sie gegenüber dem französischen Staat, während ihre zweite Staatsangehörigkeit nur in der Familie von Bedeutung ist und sich auf eine private Verbundenheit mit dem Land ihrer Eltern und Großeltern beschränkt.

Den aus einer Einwandererfamilie stammenden Soldaten führt seine französische Staatszugehörigkeit zum Militär, und doch ist er dort kein Soldat wie jeder andere. Die Verhältnisse innerhalb der Armee - die historisch einen der wichtigsten Integrationswege darstellt - machen aus ihm den ethnischen Soldaten, der er nicht ist.

Dasselbe gilt für die anderen staatlichen Einrichtungen: Schule, Krankenhaus, usw. Was hier letztendlich auf dem Spiel steht, ist die Glaubwürdigkeit der Institutionen der Republik und der französischen Staatsbürgerschaft. Noch viel schlimmer steht es um die Integration von Franzosen ausländischer Herkunft in politische Institutionen - sie sind dort fast gänzlich abwesend. Erst im September 2004 wurden anlässlich der Senatswahlen erstmals drei Abgeordnete nordafrikanischer Herkunft ins französische Parlament gewählt.

Krawalle als Flucht aus dem doppelten Eingeschlossenensein?

Die Ausschreitungen vom November 2005 haben überdeutlich die Kluft zwischen den staatlichen Institutionen der repräsentativen Demokratie und der alltäglichen Realität der Stigmatisierung vor Augen geführt. Die Zielscheiben der Gewalttätigkeiten sprachen für sich: Polizeikräfte, Schulen, öffentliche Gebäude, Feuerwehrleute - allesamt Symbole der "dominanten" institutionalisierten Gesellschaft, die all denjenigen benachteiligten Bevölkerungsgruppen verschlossen zu sein scheint, derer man sich längst durch die doppelte Kategorisierung "Banlieue"/Islam gewissermaßen entledigt hat.

Diese doppelte, soziale und identitäre Kategorisierung, führt ihrerseits zu Zirkelschlüssen, wie z. B.: Der Islam und die "Banlieues" seien mit gewissen sozialen und zivilem Fehlverhalten eng verknüpft; dieses Fehlverhalten stütze sich auf eine durch illegalen Handel (Drogen, Waffen, usw.) genährte Kriminalität und Schattenwirtschaft; diese Wirtschaft der "Banlieue" entreihe die Jugendlichen dem Schulsystem; die Familien hätten in diesem Kontext längst das Handtuch geworfen und übten keine Autorität mehr aus; die Familienstruktur sei selbst oftmals abnormal (Polygamie)¹³; die französische Sprache verkomme, was die Gräben zwischen den Bewohnern der "Banlieue" und dem Rest der Gesellschaft nur noch vertiefe; dieser Graben sei zur Kluft geworden zwischen zwei parallelen Welten.

Die vermeintliche Kohärenz dieser simplizistischen Analyse stützt sich auf die stillschweigende Voraussetzung, dass Identität eine allumfassende Realität sei. Doch dabei stellt man die Sache auf den Kopf. Das wirklich brisante Problem ist die soziale Frage - und die angeblich homogene Identität der betroffenen Bevölkerungsgruppen ist für die soziale Lage nicht verantwortlich.

Das Gleichnis Islam = "Banlieue" als Erklärung für die sozialen Unruhen hält einer tieferen Analyse nicht stand. Als Beweis dafür soll hier die Tatsache genannt werden, dass die muslimischen Verbände - wie z. B. die UOIF (Union des organisations islamiques de France) -, die den Ausschreitungen durch Vermittlung ein Ende zu setzen versuchten, von den jugendlichen Aufständischen nicht als legitime Gesprächspartner anerkannt wurden. Als Mitglieder einer im großen und ganzen wenig religiösen Gesellschaft ließen sie sich in keinerlei Bündnis mit diesen problematischen Vertretern des Islam lokken.

Die "Banlieue"-Soziologen und Integrationspezialisten sind nicht die Einzigen, die

13. Der Arbeitsminister und der Vorsitzende der UMP-Fraktion der Assemblée Nationale sehen in der Polygamie eine der Ursachen der Ausschreitungen (14. und 15. November 2005). Der Innenminister erklärte, dass "ein Kind von Einwanderern aus Schwarzafrika oder Nordafrika mehr Probleme hat als der Sohn von Schweden, Dänen oder Ungaren. Weil die Kultur, die Polygamie, die sozialen Hintergründe zu mehr Schwierigkeiten führen." (10. November 2005).

diesen Punkt hervorgehoben haben. Im Dezember 2005 legte der Inlandsgeheimdienst dem Innenminister einen Bericht¹⁴ vor, dessen Schlussfolgerungen der Analyse der führenden Politiker und Medien widersprachen. Die Geschehnisse, so der Bericht, ließen sich durch die muslimische Identität der in die Unruhen verwickelten Jugendlichen nicht erklären. Die Wurzeln des Übels seien vielmehr in der Diskriminierung, der Stigmatisierung und der Segregation zu suchen, als deren Opfer sich diese Jugendlichen fühlen.

Die identitätszentrierte Integrationsdebatte und ihre Kosten

Die Identitätslastigkeit der Integrations und Staatsbürgerschaftsdebatten in Frankreich und Europa birgt drei beträchtliche Risiken: 1. Sie verhindert eine Reform der Staatsbürgerschaftspolitik, 2. Sie trägt zur Radikalisierung des Identitätsgefühls bei, 3. Sie diskreditiert die Grundsätze des nationalen Zusammenlebens.

Unmögliche Reform?

Wer zur Lösung eines komplexen sozialen Problems zum Schlagwort der Identität greift, lässt kaum noch Raum für eine ernstere Analyse und weiterführende Fragen. Die Identitätsdebatte ist stark emotional behaftet und politisiert - in Frankreich zur Zeit ganz besonders, versuchen doch die Präsidentschaftskandidaten der führenden Parteien gerade auf diesem Feld entscheidend zu punkten. Die Versteifung auf Identität verhindert jede ernsthafte Reform der Staatsbürgerschafts- und Integrationspolitik, die im Grunde genau so dringlich wäre wie z. B. die Reform des Rentensystems.

Weil der in den Nachkriegsjahren entstandene Wohlfahrtsstaat der Grundpfeiler war, auf dem sich die moderne Staatsbürgerschaft (die Trilogie von zivilen, sozialen und politischen Rechten nach T. H. Marshall¹⁵) entwickelt hat, reißt seine heutige Krise das

Staatsbürgerschaftsmodell automatisch mit. Folglich hat die Krise mit den neuen Mitbürgern nichts zu tun. Im Gegenteil: Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates wird in den meisten europäischen Ländern davon abhängen, ob es ihnen gelingt, diese oft wegen Diskriminierungen aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossene Arbeitskraft zu mobilisieren, besser auszubilden und neue Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben, um die Sozialsysteme zukunftsfähig zu machen.

Doch leider wird die Debatte, in der es letztendlich um die Zukunft der europäischen Gesellschaften geht, durch die starke Politisierung des Identitätsbegriffs und die Instrumentalisierung der Frage in der Präsidentschaftskampagne gleichsam konfisziert.

Die Gefahr der identitären Radikalisierung

Die Versteifung der Politik auf die Frage der Identität kann aber auch zu einer Stärkung, ja sogar zu einer Radikalisierung widerstrebender Identitäten führen. Die semantische Verschiebung - die mit einer politischen Verschiebung einhergeht - hat im Laufe von fünfzehn Jahren Bevölkerungsgruppen ausländischer Herkunft in "Muslime" verwandelt und schafft heutzutage "Muslime" auch dort, wo es sie gar nicht unbedingt gibt. Wer die "muslimische" Identität zu einer Variabel macht, die allein Arbeitslosigkeit, schlechtes Sozialverhalten und Schulabbruch erklären soll, läuft Gefahr, dass auf der Gegenseite eine ganze Altersklasse als Reaktion auf die Anschuldigungen in eben diesem Islam Zuflucht sucht.

Aus Trotz und in Ermangelung einer besseren Alternative wird der Islam zu einer Zufluchtsidentität für all jene, welche die Diskriminierung als ihr gemeinsames Los erfahren. Der Islam ist in diesem Fall nicht mehr die Identität, die der französischen Staatsbürgerschaft und den Werten der Republik eine Absage erteilt, sondern eine Alternative zum Zugehörigkeitsdefizit des Alltags, zur verweigerter Chancengleichheit und Gleichberechtigung. Mit anderen Worten: Der identitätszentrierte Ansatz in der Integrationsdebatte erschafft den Teufel, den er an die Wand malt.

14. "Selon les RG, les émeutes en banlieues n'étaient pas le fait de bandes organisées", *Le Monde*, 7. Dezember 2005.

15. Thomas H. Marshall, *Citizenship, Class and Social Development*, Chicago, Chicago University Press, 1977.

"Staatsangehörigkeit zahlt sich nicht mehr aus"

Der letzte Preis schließlich, den diese Identitätspolitik in Europa fordern, betrifft die Staatsangehörigkeit selbst. Wer auf der Suche nach Lösungen zur Krise, in der die europäischen Gesellschaften heute stecken, alles auf die Identität setzt, der bringt das Projekt der Staatsbürgerschaft selbst um seinen Gehalt. Das französische Beispiel ist aufschlussreich: Ein Drittel der französischen Wählerschaft erklärt sich empfänglich für die Ideen des rechtsextremen Front National (strenge Einwanderungsgesetze, Zwangsassimilierung, "nationaler Vorrang", usw.). Bislang wirkt sich dies nicht direkt auf die Stimmabgabe aus, obwohl es Jean-Marie Le Pen im Jahre 2002 immerhin gelang, in den zweiten Wahlgang zu kommen. Die liberale und demokratische Gesinnung ist also dünnhäutig und hält vielfach einem aufbrausenden Sicherheitsdiskurs nicht stand. Diese Dimension darf bei der Integrationsdebatte nicht vergessen werden.

Andererseits kommt in einer Zeit, in der das soziale Netz der örtlichen Vereine in einer Krise steckt, der Staatsbürgerschaftsdiskurs bei den Jugendlichen der "Banlieues" schlecht an. Welch ein Kontrast zu den Achtziger Jahren, als in Einwanderervierteln Vereine aus dem Boden schossen und die Staatsbürgerschaft zum alltäglichen Gesprächsthema wurde, als in der Debatte um den Platz der neuen Staatsbürger in der Gemeinschaft der Alteingesessenen vom "Allgemeinwohl" die Rede war. Heute mobilisiert die Staatsbürgerschaft keinen mehr. Das ist eine der Schlüsselerkenntnisse, die aus den Ausschreitungen vom November 2005 gewonnen werden können - und ein weiteres Anzeichen der Kluft zwischen einem Teil der französischen Bevölkerung und den Institutionen der repräsentativen Demokratie.

Letztendlich leisten jene Wähler, die sich vom populistischen Sicherheitsdiskurs der rechtsextremen Parteien in Europa verführen lassen, Verzicht auf eine gewisse Idee der Staatsbürgerschaft - eine Absage, die man mit der Desillusionierung der an den Ausschreitungen beteiligten jungen Franzosen ausländischer Herkunft in Beziehung setzen muss.

**Die "Grenzen" der Integration:
eine französische Krise
im europäischen Kontext**

Die Geschehnisse in den französischen "Banlieues" können nicht isoliert vom breiteren europäischen Rahmen untersucht werden. Die "Krise der Modelle" betrifft heute die meisten alten Einwanderungsländer (die Niederlande, Großbritannien, Deutschland, Frankreich). In Frankreich jedoch stößt sie auf ein besonderes Echo. Schauen wir uns noch einmal den französischen Kontext an: Er weist gewisse Besonderheiten auf, die ein besseres Verständnis der durch die Ereignisse des Jahres 2005 offen gelegten sozialen Krise ermöglichen.

Ab Mitte der Achtziger Jahre ist die Integrationsdebatte in Frankreich von einem zweifachen - sozialen und politischen - Kontext geprägt. Zum einen haben sich die postkolonialen Migranten mit ihren Familien dauerhaft niedergelassen. Zum anderen beschließt die Regierung, die Erlangung der französischen Staatsbürgerschaft durch eine Reform der einschlägigen Gesetze zu erschweren (1993). Das führt zu einer Neudefinierung der Integration, die fortan auf den Begriff der nationalen Identität gründet¹⁶. Gleichzeitig entstehen Vereine, die für eine Trennung zwischen Identität und Recht plädieren und die die französische Gesellschaft dazu auffordern, sich mit den neuen Staatsbürgern und mit dem Platz, den sie ihnen einräumt, auseinanderzusetzen,

Doch alle Akteure der Debatte über die Zukunft der Republik - die Bürger, die sich gegen eine Anerkennung der kulturellen und religiösen Vielfalt (besonders des Islam) sträuben, die Politiker, die auf der populistischen Welle reiten, wie auch die neuen Mitbürger, die sich für eine andere Form der Staatsbürgerschaft aussprechen - akzeptieren deren Grundprinzipien. Der Konflikt spielt sich auf einer anderen Ebene ab, auf der es um zwei ganz bestimmte Grenzen des republikanischen Integrationsmodells geht: Die erste betrifft den Begriff der Gleichheit, die zweite den Stellenwert der nationalen Identität im französischen Staatsbürgerschaftsmodell.

16. Marceau Long, *Etre français aujourd'hui et demain. Rapport de la Commission de la nationalité*, Paris, La Documentation française, 1988.

Diese beiden Aspekte des republikanischen Staatsmodells laufen darauf hinaus, keine ethnische, kulturelle oder religiöse Identität anzuerkennen. So ist z. B. in Frankreich - im Gegensatz zu Großbritannien¹⁷ - der Ausweis ethnischer Kriterien in staatlichen Statistiken strikt verboten.

Die Unzulänglichkeiten der republikanischen Gleichheit

Der erste zentrale Begriff des republikanischen Staatsmodells, den die Debatte der Achtziger Jahre neu definiert hat, ist der Begriff der Gleichheit. Dieser Begriff ist sehr abstrakt. Es handelt sich nicht etwa um die Chancengleichheit und den damit einhergehenden Kampf gegen die materielle Ungleichheit, wie sie in Großbritannien seit den sechziger Jahren die Integrationsdebatte beherrscht haben. Der Begriff Gleichheit meint lediglich, dass die Staatsbürger allesamt als abstrakte Individuen und somit als gleich betrachtet werden.

Konflikt zwischen zwei Sphären

Ein solcher Gleichheitsbegriff ist in einem Kontext der kulturellen Vielfalt problematisch. Er setzt eine klare Trennung zwischen Privatleben, in dem die sichtbaren Unterschiede gepflegt werden, und öffentlicher Sphäre, dem Raum der Staatsbürger. Außerdem hat sich im Laufe der Jahre die öffentliche Sphäre immer mehr ausgeweitet, um heute alles "Sichtbare" zu umfassen. Das Öffentliche ist zu einer moralischen Ordnung geworden.

Dies gilt in Frankreich insbesondere im Umgang mit dem Islam. Lange Jahre wurde die Trennung zwischen privat und öffentlich durch den Conseil d'Etat (französischer Staatsrat) gewährleistet. Aufgefordert, sich zum Tragen des Schleiers in öffentlichen Schulen zu äußern (so z. B. 1989 und 1993¹⁸), unterschied der Conseil d'Etat zwischen dem Schleier als Zeichen kultureller oder religiöser Identität (den die Republik akzeptieren muss) und dem Schleier als Mittel des Proselytismus (den die Schule verhindern muss). Diese Grenze hat nicht standgehalten, das Gesetz

vom 15. März 2004 untersagt jedes sichtbare Zeichen religiöser Zugehörigkeit in öffentlichen Schulen¹⁹.

Dieses Gesetz war das Resultat einer Debatte über den Laizismus, die durch die vom Innenministerium - das für den religiösen Kultus zuständig ist - beaufsichtigte Gründung des Conseil français du culte musulman (CFCM - Islamischer Zentralrat) im Dezember 2002 angestoßen worden war. Durch die Schaffung des CFCM sollte das Verhältnis des Islam zum laizistischen Staat - nach dem Vorbild der anderen Religionen - normalisiert werden. Seine Gründung führte indessen zu einer hitzigen Debatte über die Vereinbarkeit zwischen der Republik und der muslimischen "Gemeinschaft".

Experten des französischen Laizismus, wie z.B. Jean Baubérot, haben überzeugend dargelegt, dass die Verschiebung der Grenze zwischen öffentlichem und privatem, wie sie in der Schule geschehen ist, von einem Säkularismus zeugt, der sich immer weniger auf staatsbürgerliche und immer mehr auf identitäre Werte stützt: Franzose sein bedeutet, keinen sichtbaren Unterschied zur Schau zu stellen. Der öffentliche neutrale Raum ist zum Raum der französischen Identität geworden.

Daher rührten auch die Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung des Gesetzes vom 15. März 2004 zu den Prinzipien der Laizität an den öffentlichen Schulen. Sollen alle "sichtbaren" ("visible" - Vorschlag des Laizitätsausschusses der Assemblée Nationale²⁰), "demonstrativen" ("ostentatoire" - Vorschlag der Kommission Stasi²¹) oder "ostentativen" ("ostensible" - so der schlussendlich vom Gesetzgeber übernommene Begriff) Zeichen verboten werden?

18. Im September 1989 beschließt der Rektor des Collège Gabriel-Havez in Creil, drei muslimische Schülerinnen aus der Schule auszuschließen, nachdem sie sich geweigert haben, ihren Schleier im Unterricht abzulegen. Ein erstes Urteil des Conseil d'Etat fällt am 27. November 1989, gefolgt vom "Jospin-Zirkular" und ergänzt vom "Bayrou-Zirkular" im Jahre 1993 : die Leiter der Schulen müssen ein Gleichgewicht finden zwischen dem Recht auf freie Religionsausübung und dem Kampf gegen Proselytismus.
19. Der erste Artikel des Gesetzes vom 15. März 2004 sieht vor, dass "in den öffentlichen Schulen und Gymnasien das Tragen von Zeichen oder Kleidung, durch welche Schüler ihre Religionszugehörigkeit ostentativ zur Schau tragen, verboten ist."

17. Christophe Bertossi (Hg.), *European Anti-Discrimination and the Politics of Citizenship: France and Britain*, Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2007.

Diese Frage ist heute nicht mehr eine französische Besonderheit, sondern ist europäisch geworden. Der holländische Gesetzesentwurf zum Verbot der burka im öffentlichen Raum legt davon Zeugnis ab, ebenso die Debatte über eine verschleierte Lehrerin, die jüngst in Großbritannien stattfand und auch deutsche Debatten der letzten zehn Jahre widerspiegelt.

Der schwierige Kampf gegen Diskriminierung in Frankreich

Hinzu kommt eine weitere Schwierigkeit, die sehr eng mit dem in Frankreich vorherrschenden abstrakten Gleichheitsbegriff verknüpft ist: das Fehlen einer antidiskriminatorischen Gesetzgebung. Es wurde lange Zeit damit gerechtfertigt, dass in Frankreich niemand diskriminiert werde, da es ja keine ethnischen Gruppen gebe und alle Individuen vor dem Gesetz gleich seien.

Dieser Diskurs verhinderte lange eine wirklich ehrgeizige Politik gegen Diskriminierung. Es bedurfte eines europäischen Anstoßes - in der Zeit des Amsterdamer Vertrages -, um den Kampf gegen Diskriminierung auf die französische Tagesordnung zu bringen: Artikel 13 des Vertrags und die zwei europäischen Richtlinien des Jahres 2000 haben zur Aufnahme neuer Bestimmungen in das französische Recht geführt. Marie-Thérèse Lanquetin hat gezeigt, wie wenig der Alltag der Diskriminierung und die republikanische Gleichheitsidee die selbe Realität widerspiegeln²², und auch der Jahresbericht des Conseil d'Etat war dieser Problematik gewidmet²³.

Doch der Gesetzesapparat ist auf diesem Feld sehr fragil und bleibt der am stärksten vernachlässigte Bereich der sogenannte "Integrationspolitik", selbst wenn einige rechtliche Fortschritte zu verzeichnen sind (auf dem Arbeitsmarkt das Gesetz vom 16. November 2001 und im Wohnungswesen das Gesetz vom 17. Januar 2002) und neue

staatliche Einrichtungen mit der Frage beauftragt worden sind, wie z. B. die 2004 gegründete HALDE (staatliche Einrichtung zum Kampf gegen die Diskriminierung), deren Befugnisse durch das Gesetz vom 31. März 2006 verstärkt wurden.

Die nationale Identität des französischen Universalismus

Die Anerkennung der kulturellen und religiösen Vielfalt scheitert auch am hohen Stellenwert der nationalen Identität im französischen Integrationsmodell. Weil die Staatsbürgerschaft ein universelles Konzept ist - so die Verfechter des traditionellen Republikanismus - müssen die Staatsbürger für die Nation eine Zuneigung hegen, die ihrer Verbundenheit mit der Republik emotionalen Gehalt gibt. Dies ist u.a. das Argument von Dominique Schnapper²⁴. Wie schon die republikanische Gleichheitsidee stellt auch der französische Begriff der nationalen Identität der kulturellen Vielfalt zwei verschiedene Hindernisse in den Weg, die es dem Staatsbürgerschaftsmodell nicht erlauben, mit dem sozialen und politischen Wandel des modernen Frankreich mitzuhalten.

Die Staatsbürgerschaft als Nationalität

Weil die nationale Identität das erste Kriterium der französischen Staatsangehörigkeit bildet, hat sich der Vorschlag, Nationalität (Franzose sein) und Staatsbürgerschaft (Zugang zum Recht, inklusive politische Rechte) zu trennen, niemals durchsetzen können.

Das Wahlrecht für in Frankreich wohnende Ausländer, von François Mitterrand 1981 erstmals vorgeschlagen und von bürgerrechtlichen Vereinen des Einwanderermilieus in den Achtziger Jahren immer wieder gefordert, ist nie umgesetzt worden, obwohl eine diesbezügliche Gesetzesvorlage im Jahre 2000 von der Assemblée Nationale verabschiedet wurde, ohne jedoch vom Senat bestätigt zu werden.

20. *Rapport fait au nom de la mission d'information sur la question du port des signes religieux à l'école*; Président et Rapporteur M. Jean-Louis Debré, Président de l'Assemblée nationale, Bericht n° 1275, Paris, Assemblée Nationale, 4. Dezember 2003.

21. Commission de réflexion sur l'application du principe de laïcité dans la République, *Laïcité et république. Rapport au Président de la République*, Paris, Staatspräsidentenschaft, Dezember 2003.

22. GELD, "Les discriminations raciales et ethniques dans l'accès au logement social", *Note du Conseil d'Orientation du GELD*, n° 3, Mai 2000.

23. Conseil d'Etat, *Rapport public 1996. Sur le principe d'égalité*, Paris, La Documentation française, 1997.

24. Dominique Schnapper, *La communauté des citoyens. Sur l'idée moderne de nation*, Paris, Gallimard, 1991.

Heute wird das Anliegen von einigen Kommunen aufgegriffen - jüngst in Gennevilliers, in Form eines lokalen Referendums Ende 2006. Doch bewegen sich diese in den Neunziger Jahren einsetzenden örtlichen Experimente stets am Rande der Legalität.

Erst die Gründungsakte der Europabürgerschaft, der Maastrichter Vertrag, führt zu einer begrenzten Trennung zwischen Nationalität und Staatsbürgerschaft, deren Umsetzung ins nationale Recht im übrigen sehr zögerlich verläuft. Staatsbürgerschaft und Nationalität sind im französischen Diskurs weiterhin synonym. So ist es kein Wunder, dass die "Gemeinschaft der Bürger" als eine auf nationaler Identität gegründete "Gemeinschaft" betrachtet wird. Dies erklärt gewisse stark homogenisierende Konzepte in der politischen Kultur Frankreichs, die dem republikanischen Staatsmodell selbst zugrunde liegen.

Ablehnung des "communautarisme"

Die nationale Identität dient auch als Barriere gegen das, was man in Frankreich "communautarisme" nennt - ein Begriff, der in anderen Sprachen nur schwer wiederzugeben ist, weil die Dinge, die er bezeichnet, nicht klar umrissen sind. "Communautarisme" steht für die Vorstellung, dass ethnische und religiöse Gruppen innerhalb der französischen Gesellschaft Parallelgesellschaften geschaffen haben und den öffentlichen Raum balkanisieren. Doch reicht es oft schon, die kulturelle und religiöse Vielfalt der französischen Gesellschaft anzuerkennen, um des "communautarisme" bezichtigt zu werden.

Hier ist der französische Integrationsdiskurs ambivalent, besonders in Bezug auf die Muslime. Dabei haben Untersuchungen gezeigt, dass "der communautarisme in Frankreich ein Hirngespinnst ist²⁵". So wird der Wunsch nach Anerkennung, Gleichberechtigung und gleicher Achtung und Würde von Seiten gewisser Minderheiten sogleich als "communautarisme" interpretiert. Dies wiederum macht es fast unmöglich, sich der Bedeutung der starken nationalen Identität, die dem universalistischen und egalitaristischen Staatsbürgerschaftsmodell zugrunde liegt, bei der Entstehung rassistischer und islamophober Verhalten und Meinungen in der Öffentlichkeit bewusst zu werden.

Gleichzeitig aber wird der gleiche "communautarisme" vom französischen Staat manchmal instrumentalisiert. In den letzten drei Jahren - seit der Schaffung des CFCM - sind in dieser Hinsicht in Frankreich mehrere Debatten angestoßen worden. Der CFCM half dem Staat bei den Verhandlungen zur Freilassung der französischen Geiseln im Irak, wobei sich eine Delegation sogar nach Bagdad begab. Die Befreiung der Geiseln im Irak nahmen die französischen Behörden dann zum Anlass, der muslimischen "Gemeinschaft" Frankreichs für ihre Loyalität zu danken²⁶.

Die Rückkehr zu Europa

Zum Abschluss dieses Inventars müssen wir zu Europa zurückkehren. Man muss sich immer vor Augen halten, wie sehr sich die "Krise des französischen Integrationsmodells" in den europäischen Kontext einschreibt. Diese Krise ist keine "Integrationskrise", denn es gibt heute neben dem Problem der "Banlieues" auch eine Mittelklasse ausländischer Herkunft. Es ist vielmehr eine Krise des Integrationsdiskurses: Krise der europäischen Identität, soziale und wirtschaftliche Krise, identitätszentrierte Staatsbürgerschaftsdebatte, usw. Unter diesem Blickwinkel betrachtet, erkennt man, dass der Islam und die Muslime Europas nicht die Ursachen der Krise sind, sondern das Element, auf das sich sämtliche Integrationsdebatten heute kristallisieren.

Die nationale Integration in der Europäischen Union

Auf der einen Seite hat die Europäische Union, insbesondere durch den Transfer gewisser hoheitlicher Kompetenzen an Brüssel, dem Konzept der nationalen Identität als exklusivem Rahmen der Demokratie ein Ende gesetzt. Es ist schwieriger geworden, die Integrationspolitik allein auf die Eingliederung der neuen Staatsbürger in die nationale Identität zu stützen und wichtigere Fragen - wie zum Beispiel die Diskriminierung - außen vor zu lassen.

25. Sylvain Brouard, Vincent Tiberj, *op. cit.*, S. 134.

26. Khadija Mohsen-Finan, Christophe Bertossi, "Le débat public confessionnalisé", *Confluences Méditerranée*, n° 57, Frühjahr 2006, S. 134

Das französische Beispiel bildet einen Extremfall dieses langsamen Prozesses. Der Aufbau der Europäischen Union hat das republikanische Gleichgewicht in dreierlei Hinsicht in Frage gestellt: durch die (wenn auch nur partielle) Trennung zwischen Staatsangehörigkeit und Nationalität gemäß Artikel 8 des Maastrichter Vertrages, die eine Europabürgerschaft begründet und auch ein (zum Teil eingeschränktes) aktives und passives Wahlrecht auf lokaler Ebene für Staatsbürger anderer Mitgliedsstaaten beinhaltet; durch die Aufnahme des Kampfes gegen Diskriminierung in die Definition der Gleichheit aller Bürger, die fortan auch die Chancengleichheit mit einschließt (Artikel §3 des Amsterdamer Vertrages) und mit der juristischen und verfassungsrechtlichen Tradition Frankreichs bricht; durch die Aufwertung der kulturellen, ethnischen, religiösen und linguistischen Vielfalt, die dem französischen jakobinischen Modell des Monopols der nationalen Identität im öffentlichen Raum gegenübersteht (mit Texten wie der Konvention zum Schutze der Regionalsprachen des Europarats aus dem Jahre 1992, von Frankreich unterzeichnet aber nie ratifiziert).

Die Vertiefung der Europäischen Union erforderte folglich eine Neudefinierung des Integrationsdiskurses - eine Forderung, der die staatlichen Stellungnahmen, insbesondere die Rede des französischen Präsidenten 2002 in Troyes, nicht Genüge getan haben.

Die europäische Krise

Andererseits ist es natürlich schwierig, den Prozess der Erneuerung des Staatsangehörigkeitsmodells und der gesellschaftlichen Integration der aus der Immigration hervorgegangenen Bevölkerungsgruppen weiterzuführen, wenn die Europäische Union selbst in einer Krise steckt, wie es seit dem Scheitern des Verfassungsvertrages der Fall ist.

Wer sich zur Frage der Integration der Nachkommen der Einwanderer in Europa ernsthaft Gedanken machen will, muss die Quadratur des Zirkels überwinden, in der die europäische Integration heute feststeckt.

Die Quadratur des Zirkels der Europabürgerschaft sieht folgendermaßen aus : Das bisschen Europa-bürgerschaft muss mit dem Alltag und dem Politikbewusstsein der Bürger der EU

verknüpft werden, einer EU, die zur Zeit noch viel zu abstrakt, zu weit weg ist. Sie muss eine Substanz erhalten, die ein Zugehörigkeitsgefühl und ein Interesse am politischen Projekt der EU entstehen lässt. Stattdessen hat sich die Aufnahme des Identitätsfaktors in die europäische Debatte bisher eher als zusätzlicher Krisenfaktor erwiesen, sei es in der Diskussion um den Beitritt der Türkei oder in der Frage der europäischen Außengrenzen. Der Einzug der Identitätsfrage in die institutionelle Krise hat Potenzial der europäischen Einigung für die Ausarbeitung neuer Formen der Staatsbürgerschaft, für eine neue Definition dessen, was eine postnationalistische politische Gemeinschaft sein könnte, zunichte gemacht.

Kurz gesagt, eine Identität als Grundlage der Europabürgerschaft macht diese unpraktikabel, aber ohne eine solche Identität verliert die Europabürgerschaft die Verankerung in der Gesellschaft und erscheint unrealisierbar.

Hier liegt zweifellos der ultimative Widerspruch der Identitätspolitik als einzige Politik zur Integration der europäischen Bürger ausländischer Herkunft. Hier finden der Aufstieg der rechtsextremen Parteien, der exzessiv sicherheitspolitische Umgang mit der kulturellen und religiösen Vielfalt und die immer noch nicht erfüllten Hoffnungen und Erwartungen der europäischen Minderheiten ihren Ursprung.

Einen neuen politischen Konsens schaffen

Dieser Widerspruch zwingt uns dazu, neue Formen des Zusammenlebens zu finden. Andernfalls gefährden wir den Minimalkonsens, der für eine auf einem gemeinsamen Projekt aufbauende Staatsbürgerschaft - nicht in der Form einer kollektiven Identität gegen "den Islam der Anderen", sondern als Recht auf Gleichberechtigung, Anerkennung und Chancen für alle, ohne Unterschied - unabdingbar ist.

Auf europäischer Ebene muss im Hinblick auf die nötigen Reformen dringend ein Arbeitskonsens gefunden werden. Dabei gilt es: Integration und Staatsbürgerschaft nicht mehr länger zum Spielball von Wahlkampagnen zu machen ; die Medien auf "gute Praktiken" zu verpflichten, besonders in diesen Fragen; Leitlinien auszuarbeiten, die den Betrieb der

öffentlichen Verwaltung dem Kontext der kulturellen und religiösen Vielfalt anpassen; die Sanktionsmöglichkeiten der gegen Diskriminierung vorgehenden Stellen zu verbessern, auch bei indirekter Diskriminierung; ein neues politisches Staatsbürgerschaftsprojekt zu entwickeln, für Frankreich und Europa; diese Politiken zu überprüfen, zu evaluieren und mit anderen europäischen Staaten zu vergleichen; nicht die Lösung der institutionellen Krise abzuwarten, um die EU zu einem wichtigen Akteur auf diesem Feld zu machen.

Noch bevor die europäischen Gesellschaften von Mitbürgern nur wegen eines fremden Familiennamens, einer bestimmten Religion oder einer Adresse in der "Banlieue" einen Nachweis ihrer "guten Zugehörigkeit" verlangen, sollten sie ihnen einen klaren Beweis ihrer Anerkennung erbringen, ihnen zeigen, dass sie als neue Mitbürger vollwertige Staatsbürger sind wie jeder andere auch.

Zum Autor

Christophe Bertossi ist Forschungsbeauftragter beim Ifri, wo er die Abteilung "Migration, Identität und bürgerliche Recht" leitet. Er arbeitet ebenfalls für das Centre for Research in Ethnic Relations (CRER), sowie für die Universität Warwick (Großbritannien), wo er von 2001 bis 2003 Marie-Curie-Forscher war. Er lehrt Politische Wissenschaften an dem Institut d'études politiques in Paris. Veröffentlichungen, u.a.: *Les frontières de la citoyenneté en Europe. Nationalité, résidence, appartenance*, Paris, L'Harmattan, 2001; *European Anti-Discrimination and the Politics of Citizenship: France and Britain*, Basingstoke, New York, Palgrave Macmillan, 2007 (Hg.) und schließlich mit Catherine Wihtol de Wendt, *Les couleurs du drapeau: les militaires français issus de l'immigration*, Paris, Robert Laffont, 2007.